

Arnold verlangt von zu Guttenberg Klarstellung

SPD-Verteidigungsexperte besucht Leipziger Division

Leipzig. Es sei kein Zufall, dass ihn sein erster Truppenbesuch nach der Bundestagswahl nach Leipzig führe, sagte gestern Rainer Arnold, Verteidigungsexperte der SPD im Bundestag. Schließlich sei die hier ansässige 13. Panzergrenadierdivision ein Stück weit Versuchskaninchen gewesen, weil sie als erste für 14 Monate hintereinander das Gros der Heeresoldaten für die Auslandseinsätze gestellt habe. Er nehme mit nach Berlin, dass sich dieses Modell bewährt habe. Die Soldaten könnten verlässlicher planen. Nach einem Einsatzjahr hat die Division zwei Jahre Ruhe, um sich auf die Ausbildung zu konzentrieren. Divisionskommandeur Generalmajor Reinhard Kammerer gab Arnold allerdings noch einige Anforderungen der Truppe mit auf den Weg. So sollte es auch für die Ausbildung das gleiche moderne Gerät geben wie im Einsatz. Außerdem müsse mehr getan werden für die Professionalisierung der Truppe. „Wir müssen in stärkerem Maße gerade unsere Mannschaftssoldaten länger als die vorgesehenen vier Jahre im Dienst halten können, um ihre Qualifikation und Erfahrung zu nutzen“, sagte der General.

Arnold, der Mitglied jenes Untersuchungsausschusses ist, der die Kundus-Affäre prüft, stellte in Gesprächen mit Offizieren und Soldaten klar, dass es in der aktuellen Debatte um politische Versäumnisse und Verantwortlichkeiten geht. „Die Diskussion ist keine Kritik an den Soldaten“, sagte er. „Wir wissen, welche schwierige Aufgabe gerade in Kundus zu bewerkstelligen ist und dass Menschen immer Fehler machen werden. Damit müssen wir umgehen. Für uns ist wichtig, dass das Parlament und die Öffentlichkeit korrekt informiert werden, dass man Fehler benennt, um aus ihnen zu lernen.“

Der Verteidigungspolitiker sprach auch kurz mit Oberst Georg Klein, der den Be-

fehl für den Luftschlag gab und der als Chef des Stabes in Leipzig seinen Dienst wieder aufgenommen hat. Arnold sagte, er wisse, dass es für Klein keine einfache Situation sei.

Das Geschehen in der Nacht vom 4. September 2009 stehe nach seiner Ansicht nicht im Mittelpunkt des Untersuchungsauftrages. „Da haben wir mit dem Isaf-Bericht eine gute Grundlage.“ Interessant sei aber zu erfahren, wer alles in die Entscheidung einbezogen war. In Berlin, so kritisiert Arnold, sei wider besseres Wissen ein Schleier über manche Dinge gelegt und so Vertrauen zerstört worden.

Vor allem Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) habe noch Einiges aufzuklären, forderte Arnold gegenüber dieser Zeitung und zählte auf: „Wie kam er zu seiner ersten Einschätzung, dass der Luftschlag angemessen gewesen sei? Auf Grund welcher Fakten hat er seine Meinung korrigiert? War die Entlassung des Generalinspektors und des Staatssekretärs die angemessene Reaktion?“

Außerdem verlangte der Oppositionspolitiker von zu Guttenberg eine Klarstellung, wohin der Einsatz in Afghanistan als nichtinternationaler bewaffneter Konflikt führen solle. Er müsse deutlich sagen, was ein robusteres Mandat bedeute, das aus Unionskreisen gefordert werde. „Wir als Sozialdemokraten gehen den Weg nicht mit, dass zivile Opfer in Kauf genommen werden, um militärische Ziele zu erreichen. Das wäre das völlig falsche Signal für das Land, in dem wir eine Zivilgesellschaft aufbauen wollen.“

Mit Blick auf die Regierungserklärung, die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Ende Januar zu Afghanistan abgeben will, verlangte Arnold von der Regierung, dass die Opposition mehr eingezogen wird. Zudem müsse die Bundesregierung viel entschlossener als in der Vergangenheit afghanische Sicherheitskräfte ausbilden und nachhaltig finanzieren. „Wenn wir wissen, dass in Kundus 1500 Polizisten fehlen, dann ist doch klar, dass dies nicht mit einer zusätzlichen Kompanie, die Patrouille fährt, zu lösen ist.“ Arnold sieht Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) in der Pflicht. Anders als sein Vorgänger Wolfgang Schäuble müsse er das zu seiner Sache machen. „De Maiziere muss sich äußern und sagen, was er zusätzlich leistet.“

Anita Kecke



Foto: Wolfgang Zeyen

SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold (l.) gestern in Leipzig im Gespräch mit General Reinhard Kammerer.